Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 24 666
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

# Schriftliche Anfrage

## des Abgeordneten Marc Vallendar (AfD)

vom 25. August 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. August 2020)

zum Thema:

## Betrugsermittlungen gegen den Mann von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey - I

und **Antwort** vom 01. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Sep. 2020)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Marc Vallendar (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24 666
vom 25. August 2020
über Betrugsermittlungen gegen den Mann von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey - I

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten: Der Presse ist zu entnehmen, dass der Herr Karsten Giffey, der Ehemann von Frau Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, wegen unerlaubten Nebentätigkeiten „vom Dienst entfernt“ wurde und mittlerweile die Staatsanwaltschaft ermittelt.

1. Handelt es sich hierbei beim Senat bzw. dem Justizsenator um eine sogenannte Berichtssache vom Staatsanwalt über politisch bedeutsame Fälle?

Zu 1.: Das entsprechende Ermittlungsverfahren ist der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gemäß Ziffer II. Nr. 1 b der Allgemeinen Verfügung über die Berichtspflichten der Berliner Strafverfolgungsbehörden in Strafsachen und Angelegenheiten der Strafvollstreckung (Berichts-AV) von der Staatsanwaltschaft Berlin berichtet worden. Die Berichts-AV ist im Amtsblatt von Berlin 2016, Nr. 40, S. 2432 ff. veröffentlicht.

Berlin, den 1. September 2020

In Vertretung

Dr. Daniela Brückner
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung